

Finanzcontrolling (FiCo) der Stadt Essen

Bericht zum Prognosestichtag 31. März 2023
(FiCo I/2023)

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorbemerkung.....	3
2.	Aktuelle Haushaltsentwicklung 2023.....	3
2.1	Ordentliches Ergebnis.....	5
2.2	Finanzergebnis.....	7
2.3	Entwicklung der COVID-19-bedingten Haushaltsbelastungen	7
2.4	Entwicklung der Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen	8
2.5	Beteiligungsergebnis	9
3.	Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche.....	10
3.1	Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister].....	10
3.2	Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung].....	12
3.3	Geschäftsbereich 2 [Finanzen].....	14
3.4	Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]	16
3.5	Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]	19
3.6	Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit].....	22
3.7	Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]	26
3.8	Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen].....	28

1. Vorbemerkung

Der vorliegende Quartalsbericht stellt eine Prognose über das voraussichtliche Jahresergebnis 2023 auf Basis der zum Stichtag 31. März 2023 gebuchten Geschäftsvorfälle und sonstigen Erkenntnisse der Fach- und Geschäftsbereiche dar.

Die KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO UA-Schutzsuchendenaufnahme trat am 31. Dezember 2022 außer Kraft und damit die Berichtspflichten über Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden aus der Ukraine. Aufgrund der zentralen Bedeutung für die Haushaltswirtschaft der Stadt Essen wird unter Ziffer 2.4 dennoch hierzu berichtet.

Die internen Leistungsbeziehungen (ILB) werden nicht betrachtet, da sie – bezogen auf das Gesamtergebnis – haushaltsneutral und ausgeglichen sind.

Die geschäftsbereichsbezogenen Ergebnisprognosen und -erläuterungen (vgl. Ziffer 3) basieren auf dem „Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit“ (Zeile 22 der Teilergebnisrechnung).

2. Aktuelle Haushaltsentwicklung 2023

Der Rat der Stadt Essen hat mit der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 im Ergebnisplan einen Jahresüberschuss i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro beschlossen. Nach Übertragung von sachlich unabweisbaren Aufwandsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2022 – sog. Ermächtigungsübertragungen – verringert sich der fortgeschriebene Plan-Jahresüberschuss 2023 auf rd. 0,7 Mio. Euro.

Zum aktuellen Berichtsstichtag wird ein **Jahresfehlbetrag i. H. v. rd. 6,1 Mio. Euro** prognostiziert. Dieser Prognosewert berücksichtigt bereits das Ergebnis der Tarifeinigung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen vom 22. April 2023 mit einer Belastung im Jahr 2023 i. H. v. rd. 16,1 Mio. Euro. Die im Haushaltsplan berücksichtigte Tarifierhöhung liegt bei 5,5 Mio. Euro.

Die Haushaltsbelastungen aus dem Krieg in der Ukraine werden im laufenden Jahr auf rd. 15,0 Mio. Euro beziffert (vgl. Ziffer 2.4). Saldiert mit den isolierungspflichtigen COVID-19-Erträgen und Aufwendungen ergibt sich aktuell eine zu aktivierende Bilanzierungshilfe i. H. v. rd. 12,3 Mio. Euro.

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	davon Corona- bedingt	davon Ukraine- bedingt	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.012.728.000	1.012.728.000	1.036.589.000	0	0	23.861.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.053.884.110	1.053.884.110	1.114.924.468	8.139.958	18.644.716	61.040.358
3	+ Sonstige Transfererträge	37.308.429	37.308.429	35.970.709	0	0	-1.337.720
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	385.685.253	385.685.253	388.394.392	0	960.000	2.709.139
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	27.466.142	27.466.142	26.239.916	0	0	-1.226.226
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	940.777.568	940.777.568	942.087.032	0	43.000.610	1.309.464
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	118.888.378	118.888.378	145.175.953	1.294.419	0	26.287.575
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	5.893.045	5.893.045	5.893.045	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	3.582.630.926	3.582.630.926	3.695.274.515	9.434.377	62.605.326	112.643.590
11	- Personalaufwendungen	598.230.031	598.230.031	608.522.460	309.925	4.612.940	10.292.429
12	- Versorgungsaufwendungen	119.837.801	119.837.801	121.278.756	0	0	1.440.955
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	465.626.006	466.658.196	514.396.463	34.374	5.190.213	47.738.266
14	- Bilanzielle Abschreibungen	93.854.008	93.854.008	99.370.798	0	0	5.516.790
15	- Transferaufwendungen	2.090.498.592	2.090.498.592	2.141.287.661	2.778.829	65.535.280	50.789.069
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	183.604.556	183.605.389	197.806.344	3.707.845	2.218.079	14.200.955
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.551.650.993	3.552.684.017	3.682.662.483	6.830.972	77.556.512	129.978.465
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	30.979.933	29.946.909	12.612.033	2.603.405	-14.951.187	-17.334.876
19	+ Finanzerträge	33.013.758	33.013.758	42.167.620	0	0	9.153.862
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufw.	62.210.942	62.210.942	60.923.043	0	0	-1.287.899
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-29.197.184	-29.197.184	-18.755.423	0	0	10.441.761
22	= Ergebn. der lfd. Verw.tätigkeit (=18+21)	1.782.749	749.724	-6.143.391	2.603.405	-14.951.187	-6.893.115
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0	0
26	= Ergebn. vor Int. Leist.bez. (= 22 + 25)	1.782.749	749.724	-6.143.391	2.603.405	-14.951.187	-6.893.115
27	+ Erträge aus int. Leistungsbeziehungen	218.723.814	218.723.814	218.723.814	0	0	0
28	- Aufw. aus int. Leistungsbeziehungen	218.723.814	218.723.814	218.723.814	0	0	0
29	= Ergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.782.749	749.724	-6.143.391	2.603.405	-14.951.187	-6.893.115

Die einzelnen Geschäftsbereiche schließen mit folgenden Ergebnissen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ab:

Geschäftsbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Geschäftsbereich 4	-486.462.674	-515.631.786	-29.169.112
Geschäftsbereich 5	-312.562.704	-329.761.777	-17.199.073
Geschäftsbereich 3	-114.539.797	-127.328.438	-12.788.642
Geschäftsbereich 7	-171.370.716	-180.047.233	-8.676.517
Geschäftsbereich 6	-171.547.140	-177.403.709	-5.856.568
Geschäftsbereich 2	-95.486.805	-86.635.091	+8.851.713
Geschäftsbereich OB	-51.444.066	-40.053.064	+11.391.002
Geschäftsbereich 1	-102.689.303	-87.278.633	+15.410.670
Deckungsbudget	1.506.852.929	1.537.996.342	+31.143.413
Ergebnis aus lfd. Verw.tätigkeit	749.724	-6.143.391	-6.893.115

In fünf Geschäftsbereichen werden Ergebnisverschlechterungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erwartet, denen Verbesserungen in den übrigen Geschäftsbereichen gegenüberstehen.

Der Geschäftsbereich 4 – Jugend, Bildung und Kultur – prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 29,2 Mio. Euro, die hauptsächlich dem Aufgabenbereich „Gewährung ambulanter und stationärer Hilfen zur Förderung junger Menschen/Familien“ und den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem „Digitalpakt Schule“ zuzuordnen ist (vgl. Seite 19 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 5 – Soziales, Arbeit und Gesundheit – erwartet zum Jahresende eine Verschlechterung i. H. v. rd. 17,2 Mio. Euro, die durch ansteigende Transferaufwendungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Aufwendungen für Hilfe zur Gesundheit und der Eingliederung nach dem SGB IX sowie Mehraufwendungen in Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine begründet ist (vgl. Seite 22 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 3 – Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung – kalkuliert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 12,8 Mio. Euro, die maßgeblich auf Personalmehraufwendungen für das Ordnungsamt und bei der Feuerwehr sowie auf Mehraufwendungen für den Rettungsdienst aufgrund der zunehmenden Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dritten zurückzuführen ist (vgl. Seite 16 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 7 – Stadtplanung und Bauen – geht aktuell von einer Verschlechterung i. H. v. rd. 8,7 Mio. Euro aus, die im Wesentlichen bei der Immobilienwirtschaft durch Preissteigerungen für Energie, Baustoffe etc. sowie durch Mehraufwendungen für die zusätzliche Anmietung und den Betrieb von Geflüchtetenunterkünften begründet ist (vgl. Seite 28 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 6 – Umwelt, Verkehr und Sport – prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 5,9 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf Personalmehraufwendungen und auf höhere bilanzielle Abschreibungen zurückzuführen ist (vgl. Seite 26 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 2 – Finanzen – erwartet eine Verbesserung i. H. v. rd. 8,9 Mio. Euro, die im Wesentlichen in der Rückführung der RWE-Wertpapierleihe von der Ruhrbahn GmbH (Ruhrbahn) an die Stadt Essen begründet ist (vgl. Seite 14 des Berichts).

Der Geschäftsbereich OB – Oberbürgermeister – prognostiziert eine Verbesserung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 11,4 Mio. Euro, die insbesondere aus einer Ergebnisverbesserung der Messe Essen GmbH (ME) resultiert (vgl. Seite 10 des Berichts).

Der Geschäftsbereich 1 – Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung – kalkuliert eine Verbesserung des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 15,4 Mio. Euro, da insbesondere geringere Personalaufwendungen im sog. Zentralbudget erwartet werden. Die zentral angesetzten Personalaufwendungen werden nach Umsetzung von Organisationsmaßnahmen den betroffenen Fachbereichen zugeordnet, sodass sich die Verbesserung gesamtstädtisch neutral darstellt (vgl. Seite 12 des Berichts).

Das Deckungsbudget weist gegenüber dem Ansatz eine Verbesserung i. H. v. rd. 31,1 Mio. Euro auf, die auf erwartete Mehrerträge bei der Gewerbesteuer und die Absenkung des Umlagesatzes bei der Verbandsumlage an den Landschaftsverband Rheinland zurückzuführen ist (vgl. Seite 14 des Berichts).

2.1 Ordentliches Ergebnis

Das **ordentliche Ergebnis** schließt in der Prognose mit einem Überschuss i. H. v. rd. 12,6 Mio. Euro ab, rd. 17,3 Mio. Euro schlechter gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz.

Die **ordentlichen Erträge** verbessern sich um rd. 112,6 Mio. Euro auf rd. **3.695,3 Mio. Euro**. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 1: Steuern und ähnliche Abgaben: + 23,8 Mio. Euro

- Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer (rd. 31,0 Mio. Euro) stehen Mindererträge beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (rd. -7,4 Mio. Euro) gegenüber.

Zeile 2: Zuwendungen und allgemeine Umlagen: + 61,0 Mio. Euro

- Höhere Zuwendungen vom Bund und vom Land für die Beschaffung der EDV-technischen Schulausstattungen im Rahmen des Digitalpakts (rd. 22,0 Mio. Euro).
- Außerplanmäßige Zuwendungen aus dem Sondervermögen des Landes „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ (rd. 20,5 Mio. Euro).
- Zuwendungen für anteilige Refinanzierung höherer Betriebskosten in den Tageseinrichtungen für Kinder (rd. 4,1 Mio. Euro) und das Projekt „Alltagshelfer“ (rd. 3,4 Mio. Euro).
- Zuwendungen für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (rd. 3,1 Mio. Euro), aus dem Landesprogramm „Aufholen nach Corona“ (rd. 1,6 Mio. Euro) und für die OGS (rd. 0,9 Mio. Euro).

Zeile 3: Sonstige Transfererträge: -1,3 Mio. Euro

- Mindererträgen aufgrund der neu eingeführten Karenzzeiten und Bagatellgrenzen beim Job-Center (rd. -2,1 Mio. Euro) stehen Mehrerträge bei den Elternbeiträgen in den Kitas (rd. 0,8 Mio. Euro) gegenüber.

Zeile 4: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte: + 2,7 Mio. Euro

- Mehrerträge bei Elternbeiträgen aufgrund der Gruppenerweiterungen zum Schuljahr 2023/2024 (rd. 1,0 Mio. Euro) und in den Tageseinrichtungen (0,8 Mio. Euro).
- Mehrerträge im städtischen Heimverbund durch höhere Pflegesätze ab 01.01.2023 (rd. 0,8 Mio. Euro).

Zeile 5: Privatrechtliche Leistungsentgelte: - 1,2 Mio. Euro

- Mindererträge bei Elternentgelten für Mittagessen, da eine geplante Erhöhung nicht durchgeführt wird.

Zeile 6: Kostenerstattungen und Kostenumlagen: + 1,3 Mio. Euro

- Mehrerträge aus Kostenerstattungen für Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 2,4 Mio. Euro).
- Höhere Erstattungen für den Unterhaltsvorschuss aufgrund steigender Fallzahlen (rd. 1,5 Mio. Euro).
- Mindererträge aus Kostenerstattungen vom Land an die Zentrale Ausländerbehörde aufgrund von Minderaufwendungen im Bereich Personal (rd. -2,6 Mio. Euro).

Zeile 7: Sonstige ordentliche Erträge: + 26,3 Mio. Euro

- Rückzahlungen von den Beteiligungsunternehmen (rd. 10,5 Mio. Euro) und verschiedenen Trägern aufgrund nicht verausgabter Kostenerstattungen (rd. 2,3 Mio. Euro).
- Erträge aus Auflösung von Rückstellungen (rd. 6,1 Mio. Euro).
- Mehrerträge bei Bußgeldern aus der Verkehrsüberwachung (rd. 2,8 Mio. Euro), aus Steuererstattungen (rd. 2,4 Mio. Euro) und aus Verzinsung der Gewerbesteuer (rd. 1,5 Mio. Euro).

Die **ordentlichen Aufwendungen** werden mit rd. **3.682,7 Mio. Euro** prognostiziert und übersteigen um rd. 130,0 Mio. Euro den fortgeschriebenen Ansatz. Nachstehend die wesentlichen Veränderungen:

Zeile 11 und 12: Personal- und Versorgungsaufwendungen: + 11,7 Mio. Euro

- Den zusätzlichen Belastungen durch das Tarifiergebnis vom 22. April 2023 i. H. v. rd. 16,1 Mio. Euro stehen gegenläufige positive Effekte durch verzögerte Umsetzung der geplanten Personalmaßnahmen in den Geschäftsbereichen.

Zeile 13: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: + 47,7 Mio. Euro

- Mehraufwendungen bei der Beschaffung der EDV-technischen Schulausstattungen im Rahmen des Digitalpakts (rd. 29,8 Mio. Euro).
- Preissteigerung bei Strom, Gas und Treibstoffen (rd. 8,7 Mio. Euro).
- Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen in den Geflüchteten-/Asylunterkünften (rd. 3,3 Mio. Euro) und für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ (rd. 3,1 Mio. Euro).
- Höhere Zuschüsse an die Träger zur Förderung junger Menschen und Familien (rd. 1,7 Mio. Euro).

Zeile 14: Bilanzielle Abschreibungen: + 5,5 Mio. Euro

- Höhere Abschreibungen für Grundstückseinrichtungen, Gebäude, Infrastruktur, Maschinen, Fahrzeuge und Finanzanlagen.

Zeile 15: Transferaufwendungen: + 50,8 Mio. Euro

- Mehraufwendungen für die Aufgabenübernahme „Offene Ganztagschule“ sowie „Ambulante und stationäre Hilfen“ des Jugendamts (rd. 23,7 Mio. Euro).
- Zusätzliche Leistungen nach dem SGB II, kommunal- und bundesfinanziert (rd. 12,4 Mio. Euro).
- Zusätzliche Leistungen für Asylbewerber und Geflüchtete (rd. 13,4 Mio. Euro).
- Weitergabe der Stärkungsmittel „Gemeinsam gegen Armut“ (rd. 7,8 Mio. Euro).
- Höhere Eingliederungshilfen nach SGB IX (rd. 6,8 Mio. Euro) bei gegenläufiger Entwicklung der Transferaufwendungen für Hilfe zur Pflege aufgrund der Pflegereform (rd. -8,3 Mio. Euro).

Zeile 16: Sonstige ordentliche Aufwendungen: + 14,2 Mio. Euro

- Mehraufwendungen beim Rettungsdienst (rd. 6,5 Mio. Euro).
- Mehrbedarfe für die Anmietung der Geflüchteten-/Asylunterkünfte (rd. 3,8 Mio. Euro).
- Corona-bedingte Aufwendungen (rd. 3,7 Mio. Euro).

2.2 Finanzergebnis

Für das **Finanzergebnis** wird eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 10,4 Mio. Euro prognostiziert, als Saldo aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 9,1 Mio. Euro und Minderaufwendungen i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro. Die Verbesserung resultiert hauptsächlich aus der Vereinnahmung der RWE-Dividende (vgl. Ziffer 2.5).

2.3 Entwicklung der COVID-19-bedingten Haushaltsbelastungen

Gemäß NKF-CUIG sind Corona- und Ukraine-Krieg-bedingte Aufwendungen und Erträge isolierungspflichtig.

Aktuell werden Corona-bedingte Erträge i. H. v. rd. 9,4 Mio. Euro prognostiziert. Im Wesentlichen resultieren diese Erträge aus:

- Zuwendungen vom Land für die Alltagshelfer i. H. v. rd. 3,5 Mio. Euro,
- Zuwendung vom Land zur Abmilderung von Pandemiefolgen aus dem Jahr 2022 i. H. v. rd. 3,0 Mio. Euro,
- Erstattungen vom Land für das Programm „Aufholen nach Corona“ i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro,
- Rückzahlungen durch verschiedene Träger für nicht verausgabte Beträge i. H. v. rd. 1,3 Mio. Euro.

Die Corona-bedingten Aufwendungen werden aktuell auf rd. 6,8 Mio. Euro geschätzt und resultieren im Wesentlichen aus:

- Verwendung der Pauschale für das Programm „Aufholen nach Corona“ im Schulbereich rd. 3,0 Mio. Euro,
- Leistungen an Dritte (Kita-Träger) i. H. v. rd. 2,7 Mio. Euro,
- Mehraufwendungen für den Rettungsdienst und den Krankentransport i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro,

- Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro im Gesundheitsamt und in den Kitas.

Im Saldo liegt ein positives Corona-bedingtes Ergebnis i. H. v. rd. 2,6 Mio. Euro vor, sodass nach aktuellen Erkenntnisstand keine COVID-19-Pandemiebedingte Bilanzierungshilfe gebildet werden muss. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

2.4 Entwicklung der Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastungen

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine am 24. Februar 2022 bis Ende März 2023 wurden insgesamt 8.200 Personen als Schutzsuchende bei der Stadt Essen registriert. Sie sind wie folgt untergebracht:

Unterbringung Ukraine-Schutzsuchende	Gesamt
Unterbringung in städtischen Einrichtungen	2.103
Unterbringung bei Freunden, Bekannten etc.	4.957
Unterbringung in Landeseinrichtungen	849
Unterbringung in Hotels	193
unbekannte Unterbringung	98
Gesamtanzahl der in Essen erfassten Personen	8.200

Finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes NRW

Aus dem Jahr 2022 wurden Bundesmittel i. H. v. rd. 7,8 Mio. Euro in das Jahr 2023 übertragen. Es handelt sich hierbei um Zuweisungen aus der Bundesbeteiligung an den Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine, die bis Ende 2023 verwenden werden dürfen.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen (NRW) hat am 21. Dezember 2022 das sogenannte Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ (folgend: Sondervermögen „Krisenbewältigung“) i. H. v. bis zu 5,0 Mrd. Euro beschlossen, um die Folgen der Energiekrise, insbesondere von Preissteigerungen, sowie die Folgen der mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Fluchtbewegung abzufedern.

Aus dem ersten Maßnahmenpaket i. H. v. rd. 1,6 Mrd. Euro hat die Stadt Essen eine Bewilligung i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro zur Abfederung der Energiepreissteigerung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege erhalten. Darüber hinaus wurde der Stadt Essen aus der ersten Tranche die Billigkeitsleistung „Stärkungspakt NRW“ i. H. v. rd. 7,8 Mio. Euro gewährt.

Am 08. März 2023 wurde im Landtag NRW ein zweites Maßnahmenpaket i. H. v. rd. 668,8 Mio. Euro als zweite Tranche verabschiedet. Von der zweiten Tranche entfallen auf die Stadt Essen zum aktuellen Zeitpunkt rd. 10,7 Mio. Euro. Diese werden mit rd. 5,5 Mio. Euro von der Immobilienwirtschaft (FB 60) und mit rd. 5,2 Mio. Euro vom Amt für Soziales und Wohnen (FB 50) vereinnahmt. Da der Verwendungszweck der Fördermittel nicht auf Geflüchtete aus der Ukraine beschränkt ist, werden davon rd. 1,9 Mio. Euro im Fachbereich 60 für Geflüchtete anderer Herkunft verwendet.

Gesamte Haushaltsauswirkung

Das Ergebnis zum aktuellen Prognosestichtag zur Nebenrechnung der Ukraine-Krieg-bedingten Haushaltsbelastung beträgt im Saldo rd. -15,0 Mio. Euro.

bedingt durch Ukraine-Schutzsuchende	Ergebnis 2023
Erträge	62.605.326
Aufwendungen	77.556.512
Ergebnis	-14.951.187

2.5 Beteiligungsergebnis

Mit einer Prognose i. H. v. rd. **-91,8 Mio. Euro** wird beim Beteiligungsergebnis eine saldierte Verbesserung gegenüber dem Planansatz i. H. v. rd. -116,0 Mio. Euro um rd. 24,2 Mio. Euro erwartet.

in Euro	Haushaltsansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
Ergebnis der Gesellschaften mit städtischem Finanzanteil	142.079.764	129.098.524	12.981.240
Ergebnis der Gesellschaften mit Gewinnausschüttung an den städtischen Haushalt	26.106.461	37.281.399	11.174.938
Haushaltsentlastung (+)	-115.973.303	-91.817.124	24.156.179
Haushaltsbelastung (-)			

Die aktuelle Prognose der Beteiligungen weist lediglich für die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr GmbH (FMR) Verschlechterungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro gegenüber der Haushaltsplanung aus. Der höhere Zuschussbedarf der FMR resultiert im Wesentlichen aus den Energiepreisteigerungen, welche den energieintensiven Bad-, Sole- und Saunabetrieb des Standortes Nienhausen erheblich belasten. Ein geringer Anteil (rd. 0,03 Mio. Euro) ist auf die Nachwirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen.

Darüber hinaus ist für das Haushaltsjahr 2023 nach aktuellen Erkenntnissen mit keinen zusätzlichen Belastungen durch die Beteiligungsunternehmen zu rechnen. Zudem sind aktuell keine weiteren Corona-bedingten Effekte erkennbar. Aufgrund der frühzeitigen Abfrage und der noch nicht vollständig absehbaren Auswirkungen der Ukraine-Krise (z. B. im Zusammenhang mit der Energiepreisbremse) im Jahr 2023 wird auf einen Ukraine-Ausweis bei den Beteiligungen für das erste Quartal 2023 verzichtet.

Die Verbesserung des Beteiligungsergebnisses ist im Wesentlichen mit insgesamt rd. 13,1 Mio. Euro auf die positive Entwicklung der Messe Essen (ME) zurückzuführen. Da sich das Messegewerbe im Vorjahr positiver entwickelt hat, als aufgrund der Corona-Pandemie zunächst erwartet, kann ein Betrag i. H. v. rd. 10,3 Mio. Euro an die Stadt Essen zurückgeführt werden. Zudem ist davon auszugehen, dass auch im laufenden Haushaltsjahr 2023 die Revitalisierung des Messegewerbes fortgesetzt wird, sodass die Zuschusszahlung 2023 an die Messe Essen um rd. 2,9 Mio. Euro geringer ausfällt.

Weiterhin ergeben sich Mehrerträge i. H. v. rd. 9,1 Mio. Euro aus der Dividendenzahlung der RWE. Die Verbesserung ist darin begründet, dass die Wertpapierleihe über 10,2 Mio. Stückaktien von der Ruhrbahn auf die Stadt Essen zurückgeführt wurde. Der Ruhrbahn sollen hierdurch keine finanziellen Nachteile entstehen. Da zwischen der Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (EVV) und der Ruhrbahn ein Gewinnabführungsvertrag besteht, ist somit der Verlustausgleich an die EVV um diesen Betrag zu erhöhen.

Da die EVV mit positiven Effekten aus einem Rechtsstreitverfahren zum steuerlichen Querverbund rechnet, kann der aktuell geplante Verlustausgleich eingehalten werden.

Ergebnisverbessernd wirken sich zudem die erhöhten Gewinnausschüttungen der EVB (rd. 0,2 Mio. Euro) sowie der RGE (rd. 0,5 Mio. Euro) aus. Zudem ist in der aktuellen Prognose eine nicht geplante Gewinnausschüttung des Essener Systemhauses (ESH) i. H. v. rd. 1,4 Mio. Euro enthalten.

Detaillierte Prognoseinformationen sind dem Quartalsbericht I/2023 der Beteiligungsunternehmen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zu entnehmen.

3. Ergebnisprognosen der Geschäftsbereiche

3.1 Geschäftsbereich OB [Oberbürgermeister]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	10.764.838	10.764.838	11.914.783	1.149.944	10,68
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0,00
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.202	5.202	5.202	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	58.550	58.550	58.550	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.016.750	1.016.750	1.016.750	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.094.939	1.094.939	11.560.536	10.465.597	955,82
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	12.940.279	12.940.279	24.555.821	11.615.542	89,76
11	- Personalaufwendungen	14.602.333	14.602.333	17.675.642	3.073.309	21,05
12	- Versorgungsaufwendungen	5.077.704	5.077.704	5.085.488	7.784	0,15
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.117.447	5.067.180	5.067.054	-126	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	401.770	401.770	412.232	10.463	2,60
15	- Transferaufwendungen	34.919.801	34.919.801	32.055.801	-2.864.000	-8,20
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.315.558	8.315.558	8.312.668	-2.890	-0,03
17	= Ordentliche Aufwendungen	67.434.612	68.384.345	68.608.885	224.540	0,33
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-54.494.333	-55.444.066	-44.053.064	11.391.002	-20,55
19	+ Finanzerträge	4.000.000	4.000.000	4.000.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	4.000.000	4.000.000	4.000.000	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-50.494.333	-51.444.066	-40.053.064	11.391.002	-22,14
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-50.494.333	-51.444.066	-40.053.064	11.391.002	-22,14
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	370.515	370.515	370.515	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.693.606	2.693.606	2.693.606	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-52.817.425	-53.767.157	-42.376.156	11.391.002	-21,19

Der Geschäftsbereich prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 11,4 Mio. Euro, welche im Wesentlichen auf die Messe Essen zurückzuführen ist (vgl. Ziffer 2.5).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisprognose aus lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0091	Geschäftsbereichsbüro GBOB	-18.095.131	-4.026.152	+14.068.979
FB01-02	Stabsst. für Bürgerbeteiligung u. Ehrenamt	-2.014.843	-1.998.445	+16.398
FB01-04	Internationale Beziehungen	-288.054	-610.896	-322.842
FB01-09	Kommunales Integrationszentrum	-7.046.695	-7.264.238	-217.542
FB01-11	Gleichstellungsstelle	-687.421	-769.992	-82.571
FB01-15	Presse- und Kommunikationsamt	-2.078.990	-3.173.769	-1.094.779
FB12	Amt f. Statistik, Stadtforschung u. Wahlen	-2.020.261	-2.915.782	-895.521
FB14	Rechnungsprüfungsamt	-4.164.199	-4.246.395	-82.196
FB15	Amt f. Ratsangelegenheiten u. Repräsent.	-15.048.472	-15.047.396	+1.077
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-51.444.066	-40.053.064	+11.391.002

Die prognostizierten Ergebnisveränderungen in den Fachbereichen sind im Wesentlichen auf Veränderungen der Personalaufwendungen zurückzuführen. Für den Fachbereich 01-15 (Presse- und Kommunikationsamt) wird gegenüber der Planung ein Mehraufwand i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro und für den Fachbereich 12 (Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen) i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro prognostiziert. Der Fachbereich 01-04 (Internationale Beziehungen) verzeichnet Personalmehraufwendungen i. H. v. rd. 0,3 Euro und Fachbereich 01-09 (Kommunales Integrationszentrum) i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro. In den übrigen Fachbereichen gibt es lediglich geringfügige Veränderungen zu den Planansätzen.

Geschäftsbereichsbüro (FB0091):

Die Verbesserung im Geschäftsbereichsbüro OB i. H. v. rd. 14,1 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus der Revitalisierung des Messegeschäfts und deutlich geringerem Zuschussbedarf der Gesellschaft (vgl. Ziffer 2.5).

Zudem führt der zeitliche Versatz einer Fördermaßnahme im Breitbandausbau zu einer weiteren Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro. Durch die Verzögerung der Prüfungen durch den Fördermittelgeber ist mit einer Erstattung von Aufwendungen aus dem Vorjahr zu rechnen.

3.2 Geschäftsbereich 1 [Personal, Allgemeine Verwaltung und Digitalisierung]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.126	59.126	54.021	-5.106	-8,64
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.561	17.561	17.561	0	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	135.894	135.894	135.070	-824	-0,61
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.961.272	17.961.272	17.964.371	3.099	0,02
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.611.672	2.611.672	3.056.458	444.786	17,03
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	382.000	382.000	382.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	21.167.526	21.167.526	21.609.481	441.956	2,09
11	- Personalaufwendungen	74.829.099	74.829.099	58.395.219	-16.433.879	-21,96
12	- Versorgungsaufwendungen	12.576.297	12.576.297	13.959.878	1.383.581	11,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.447.621	24.447.621	25.502.091	1.054.471	4,31
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.368.202	1.368.202	1.540.518	172.317	12,59
15	- Transferaufwendungen	430.000	430.000	1.030.000	600.000	139,53
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.178.111	10.178.111	10.206.714	28.604	0,28
17	= Ordentliche Aufwendungen	123.829.329	123.829.329	110.634.421	-13.194.908	-10,66
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-102.661.803	-102.661.803	-89.024.939	13.636.864	-13,28
19	+ Finanzerträge	1.472.500	1.472.500	3.246.306	1.773.806	120,46
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500.000	1.500.000	1.500.000	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-27.500	-27.500	1.746.306	1.773.806	-6.450,20
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-102.689.303	-102.689.303	-87.278.633	15.410.670	-15,01
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-102.689.303	-102.689.303	-87.278.633	15.410.670	-15,01
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.072.502	2.072.502	2.072.502	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	2.413.678	2.413.678	2.413.678	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-103.030.478	-103.030.478	-87.619.809	15.410.670	-14,96

Der Geschäftsbereich 1 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 15,4 Mio. Euro, welche in geringeren Personalaufwendungen i. H. v. rd. 16,4 Mio. Euro begründet ist. Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der Verrechnung der Personalaufwendungen für überplanmäßige Einsätze mit den Fachbereichsbudgets. Hieraus ergeben sich keine Verbesserungen für den gesamtstädtischen Haushalt, da es sich um haushaltsneutrale Umschichtungen handelt (siehe nachfolgende Erläuterungen des FB 10).

Ergebnisverbessernd wirken sich zudem die erhöhten Gewinnausschüttungen der RGE Servicegesellschaft Essen mbH (rd. 0,5 Mio. Euro) sowie des Essener Systemhauses (rd. 1,4 Mio. Euro) aus. Die Veränderung ergibt sich überwiegend bei den Finanzerträgen.

Gegenläufig entwickeln sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Hier bestehen Mehrbedarfe im Bereich „Reinigung“ i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro aufgrund von Anpassungen des Tarifvertrags und Erhöhung des Mindestlohns sowie i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Digitalisierung von Bestandsakten im Rahmen des Projekts „E-Personalakte“ beim Personalservice.

Bei den Transferaufwendungen wird ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro für die Zuschusszahlung zum Deutschlandticket im Rahmen der Firmenticketvereinbarung für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab dem 01. Mai 2023 kalkuliert.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0094	Geschäftsbereichsbüro GB 1	-2.681.604	-823.454	+1.858.150
FB01-05	Arbeitssicherheit Essen (ASE)	-563.816	-553.360	+10.456
FB01-08	Institut Gesundheit	-2.167.617	-2.336.086	-168.469
FB01-12	Digitale Verwaltung	-3.647.602	-3.489.510	+158.092
FB09-01	Personalrat	-1.703.853	-2.043.682	-339.829
FB10	Organisation und Personalwirtschaft	-59.684.744	-47.021.057	+12.663.687
FB11	Amt für Zentralen Service	-32.240.067	-31.011.484	+1.228.583
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-102.689.303	-87.278.633	+15.410.670

Geschäftsbereichsbüro (FB0094):

Die positive Abweichung ist auf die Verbesserung der Beteiligungsgesellschaften zurückzuführen. Es ist mit erhöhten Gewinnausschüttungen des Essener Systemhauses (rd. 1,4 Mio. Euro) sowie der RGE Servicegesellschaft mbH (rd. 0,5 Mio. Euro) zu rechnen.

Organisation und Personalwirtschaft (FB 10):

Die erwartete Verbesserung i. H. v. rd. 12,7 Mio. Euro ergibt sich im Wesentlichen aus Personalminderaufwendungen im sog. Zentralbudget. Hintergrund sind die im Planansatz des FB 10 für organisatorische Maßnahmen zentral angesetzten Personalaufwendungen, die im Jahresverlauf – nach verwaltungsseitiger Umsetzung der konkreten organisatorischen Maßnahmen – den Produktgruppen der betroffenen Fachbereiche zugeordnet werden. Gesamtstädtisch handelt es sich daher um einen haushaltsneutralen Vorgang; den Minderaufwendungen im FB 10 stehen Mehraufwendungen in den entsprechenden Fachbereichen gegenüber.

Amt für Zentralen Service (FB 11):

Der Fachbereich 11 verzeichnet eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 1,2 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist. Diese liegen rd. 3,0 Mio. Euro unter Plan, da für die Reinigungsleistungen vermehrt die RGE beauftragt wird.

Gegenläufig sind Mehraufwendungen i. H. v. rd. 1,1 Mio. Euro für Sach- und Dienstleistung. Der aktuelle Ansatz für die Reinigungsleistungen der RGE reicht nicht aus, um die Folgen des Tarifabschlusses 2022 sowie die Erhöhung des Mindestlohnes zum 01. Oktober 2022 abzudecken. Daher wird ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro für das Jahr 2023 prognostiziert. Die weitere Entwicklung, insbesondere mit Blick auf den Abschluss des neuen Reinigungsvertrags, bleibt abzuwarten.

Ebenfalls ergeben sich Verschlechterungen im Personalservice i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro für die Digitalisierung von Bestandsakten im Rahmen des Projekts „E-Personalakte“. Durch zeitliche Verzögerungen aufgrund technischer Probleme in der Testphase konnten die Arbeiten erst im September 2022 aufgenommen werden, sodass sich ein Teil der Leistungserbringung in das Jahr 2023 verschiebt.

Darüber hinaus ergibt sich ein Mehrbedarf i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro bei den Transferaufwendungen im Bereich „Generelle Angelegenheiten“, da ab dem 01. Mai 2023 das Deutschlandticket für die städtischen Mitarbeiter bezuschusst bzw. für die Auszubildenden kostenlos angeboten wird.

3.3 Geschäftsbereich 2 [Finanzen]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	1.012.728.000	1.012.728.000	1.036.589.000	23.861.000	2,36
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	793.351.701	793.351.701	794.891.505	1.539.804	0,19
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	261.677.839	261.677.839	261.680.349	2.510	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	606.980	606.980	606.980	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.923.399	2.923.399	2.923.436	37	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	70.940.538	70.940.538	74.693.952	3.753.414	5,29
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	2.142.228.456	2.142.228.456	2.171.385.221	29.156.765	1,36
11	- Personalaufwendungen	17.824.126	17.824.126	18.036.085	211.959	1,19
12	- Versorgungsaufwendungen	5.965.973	5.965.973	5.579.880	-386.094	-6,47
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	233.757.822	233.757.822	234.242.530	484.708	0,21
14	- Bilanzielle Abschreibungen	3.556	3.556	4.403	847	23,81
15	- Transferaufwendungen	414.677.363	414.677.363	412.162.435	-2.514.928	-0,61
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.737.330	14.737.330	14.770.502	33.172	0,23
17	= Ordentliche Aufwendungen	686.966.170	686.966.170	684.795.835	-2.170.335	-0,32
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	1.455.262.286	1.455.262.286	1.486.589.386	31.327.100	2,15
19	+ Finanzerträge	16.778.838	16.778.838	24.158.894	7.380.056	43,98
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	60.675.000	60.675.000	59.387.030	-1.287.970	-2,12
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-43.896.162	-43.896.162	-35.228.136	8.668.026	-19,75
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	1.411.366.124	1.411.366.124	1.451.361.250	39.995.126	2,83
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	1.411.366.124	1.411.366.124	1.451.361.250	39.995.126	2,83
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	46.925.311	46.925.311	46.925.311	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.726.156	9.726.156	9.726.156	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	1.448.565.279	1.448.565.279	1.488.560.405	39.995.126	2,76

Der Geschäftsbereich 2 prognostiziert eine Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 40,0 Mio. Euro. Bei den ordentlichen Erträgen werden Mehrerträge i. H. v. rd. 29,2 Mio. erwartet, bestehend insbesondere

- in der Zeile „Steuern und sonstige Abgaben“ aus höheren Gewerbesteuererträgen und rückläufigen Umsatzsteueranteilen (rd. 23,9 Mio. Euro),
- in der Zeile „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ aus Mehrerträgen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro,
- in der Zeile „Sonstige ordentliche Erträge“ aus Verbesserungen bei der Verzinsung der Gewerbesteuer gemäß § 233 AO (rd. 1,4 Mio. Euro) sowie aus Erstattung der Kapitalertragsteuer (rd. 2,4 Mio. Euro).

Bei den ordentlichen Aufwendungen wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro prognostiziert. Maßgeblich hierfür sind geringere Transferaufwendungen (rd. 2,5 Mio. Euro), die u. a. auf die Herabsetzung des Umlagesatzes des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) zurückzuführen sind.

Das Finanzergebnis wird durch die nicht geplante Vereinnahmung der RWE-Dividende aus der Wertpapierleihe mit der Ruhrbahn i. H. v. netto 6,7 Mio. Euro bestimmt (vgl. Ziffer 2.5).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0093	Geschäftsbereichsbüro GB2	-32.114.604	-22.703.478	+9.411.125
FB02-01	Entsorgungswirt./Stadtint. Steuerberat.	-36.123.854	-36.262.072	-138.219
FB02-02	Beteiligungsmanagement	-1.219.233	-1.604.643	-385.410
FB20	Stadtkämmerei	-3.553.301	-3.135.965	+417.335
FB20-DB	Stadtkämmerei Deckungsbudget	1.506.852.929	1.537.996.342	+31.143.413
FB21	Finanzbuchhaltung u. Stadtsteueramt	-22.475.813	-22.928.932	-453.119
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		1.411.366.124	1.451.361.250	+39.995.126

Geschäftsbereichsbüro (FB0093):

Die Verbesserung im Geschäftsbereichsbüro 2 i. H. v. rd. 9,4 Mio. Euro ergibt sich durch die beschriebene Rückführung der RWE-Wertpapierleihe von der Ruhrbahn an die Stadt Essen (vgl. Ziffer 2.5).

Die Ergebnisveränderungen im **Fachbereichen 02-01** und **Fachbereich 21** sind auf die tarifbedingten Personalmehraufwendungen zurückzuführen.

Beteiligungsmanagement (FB 02-02):

Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus der organisatorischen Umschichtung des Projektes „Connected.Essen“ (rd. 0,5 Mio. Euro). Die Projektmittel wurden ursprünglich im Geschäftsbereich 7 etatiert, sodass hier entsprechend eine Verbesserung in Höhe der 0,5 Mio. Euro ausgewiesen wird. Das Projekt „Connected.Essen“ umfasst die Smart-City-Initiative der Stadt Essen, um Themen der Digitalisierung im sozialen, ökologischen und ökonomischen Sinne nachhaltig einzusetzen.

Stadtkämmerei (FB 20):

Die verbesserte Budgetprognose i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro ist auf geringere Personal- und Versorgungsaufwendungen als Folge einer veränderten Personalstruktur zurückzuführen (sinkender Beamtenanteil führt zur Aktualisierung des Verteilschlüssels der Versorgungsaufwendungen, Beihilfen und Rückstellungen).

Stadtkämmerei Deckungsbudget (FB 20-DB):

Das Deckungsbudget bildet die Finanzmittel der allgemeinen Finanzwirtschaft ab, die zur Finanzierung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. Die prognostizierte Ergebnisverbesserung i. H. v. rd. 31,1 Mio. Euro ergibt sich aus Verbesserungen der ordentlichen Erträge i. H. v. rd. 26,8 Mio. Euro, der ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 2,5 Mio. Euro sowie des Finanzergebnisses i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro.

Bei den ordentlichen Erträgen werden Zuwächse, insbesondere bei den Steuern und ähnlichen Abgaben i. H. v. rd. 23,9 Mio. Euro erwartet. Hier stehen den prognostizierten Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer i. H. v. rd. 31,0 Mio. Euro Mindererträge bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer i. H. v. rd. 7,4 Mio. Euro gegenüber. Zusätzliche Verbesserungen werden bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro prognostiziert. Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen werden Mehreinnahmen bei der Verzinsung der Gewerbesteuer nach § 233a AO erwartet (rd. 1,4 Mio. Euro).

Der Planansatz bei den ordentlichen Aufwendungen wird u. a. durch Veränderungen bei den Transferaufwendungen unterschritten. Hier kann die höhere Gewerbesteuer- sowie Krankenhausumlage (insgesamt rd. 3,5 Mio. Euro) durch eine niedrigere Verbandsumlage an den LVR kompensiert werden (rd. 6,0 Mio. Euro), die aus der Herabsetzung des Umlagesatzes um rd. 0,35 Prozentpunkte resultiert.

Die aktuell erwartete Verbesserung des Finanzergebnisses i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro entfällt mit rd. 1,0 Mio. Euro auf den Zinsaufwand für Investitionskredite und mit 0,2 Mio. Euro auf den Zinsaufwand für Liquiditätskredite (vgl. „Quartalsbericht I/2023 zum Zins- und Schuldenmanagement“, DS 0617/2023/2).

3.4 Geschäftsbereich 3 [Recht, Öffentliche Sicherheit und Ordnung]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.032.320	3.032.320	2.644.893	-387.427	-12,78
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	69.935.988	69.935.988	69.413.271	-522.717	-0,75
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.179.450	1.179.450	1.179.450	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.779.931	15.779.931	13.199.806	-2.580.125	-16,35
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	23.716.827	23.716.827	26.541.817	2.824.990	11,91
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	6.045	6.045	6.045	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	113.650.560	113.650.560	112.985.281	-665.280	-0,59
11	- Personalaufwendungen	119.888.032	119.888.032	124.821.678	4.933.647	4,12
12	- Versorgungsaufwendungen	51.323.252	51.323.252	52.209.201	885.949	1,73
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.898.239	13.898.239	13.996.375	98.135	0,71
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.162.839	5.162.839	5.630.524	467.685	9,06
15	- Transferaufwendungen	676.400	676.400	676.400	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.243.094	37.243.094	42.981.041	5.737.947	15,41
17	= Ordentliche Aufwendungen	228.191.857	228.191.857	240.315.219	12.123.362	5,31
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-114.541.297	-114.541.297	-127.329.938	-12.788.642	11,17
19	+ Finanzerträge	1.500	1.500	1.500	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	1.500	1.500	1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-114.539.797	-114.539.797	-127.328.438	-12.788.642	11,17
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-114.539.797	-114.539.797	-127.328.438	-12.788.642	11,17
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	387.386	387.386	387.386	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	7.059.152	7.059.152	7.059.152	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-121.211.563	-121.211.563	-134.000.205	-12.788.642	10,55

Der Geschäftsbereich 3 prognostiziert eine negative Abweichung vom fortgeschriebenen Planansatz i. H. v. rd. 12,8 Mio. Euro, die im Wesentlichen auf Verschlechterungen bei den ordentlichen Aufwendungen zurückzuführen ist. Hier führen Personalzuwächse u. a. durch neu geschaffene überplanmäßige Einsätze, organisatorische Veränderungen bei den Fachbereichen sowie die Tarifverhandlungen zu höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. rd. 5,8 Mio. Euro. Weitere Mehraufwendungen i. H. v. rd. 5,7 Mio. Euro entstehen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen, insbesondere im Bereich des Rettungsdienstes. Hier sind steigende Aufwendungen für die Leistungen der Hilfsorganisationen aufgrund steigender Transportzahlen sowie allgemeiner Kostensteigerungen zu verzeichnen.

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen werden aufgrund der Erfahrungswerte des Vorjahres voraussichtlich höhere Bußgelder im Bereich der „Verkehrsüberwachung“ i. H. v. rd. 2,8 Mio. Euro vereinnahmt.

Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten werden geringere Gebühreneinnahmen in der Produktgruppe „Rettungsdienst“ i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro prognostiziert.

Den Mindererträgen aus Kostenerstattungen des Landes für das Personal der Zentralen Ausländerbehörde i. H. v. rd. 2,6 Mio. Euro stehen in gleicher Höhe geringere Personalaufwendungen gegenüber.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0092	Geschäftsbereichsbüro GB3	-1.965.223	-1.971.504	-6.281
FB30	Rechtsamt	-4.514.238	-4.462.929	+51.308
FB32	Ordnungsamt	-7.673.398	-6.010.883	+1.662.515
FB33	Einwohneramt	-13.834.733	-14.538.243	-703.510
FB37	Feuerwehr	-77.728.597	-88.260.499	-10.531.902
FB38	ZAB, Staatsangehörigk.- u. Ausländerangel.	-8.823.608	-12.084.380	-3.260.772
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-114.539.797	-127.328.438	-12.788.642

Ordnungsamt (FB 32):

Das Ordnungsamt prognostiziert eine Verbesserung der laufenden Verwaltungstätigkeit i. H. v. rd. 1,7 Mio. Euro.

In der Produktgruppe „Verkehrsüberwachung“ werden Mehrerträge bei den Buß- und Verwarngeldern i. H. v. rd. 2,8 Mio. prognostiziert. Bereits im Jahr 2022 konnten in der Verkehrsüberwachung Mehrerträge aus Buß- und Verwarngeldern in vergleichbarer Höhe erzielt werden. Diese Entwicklung scheint sich nach Beendigung der Corona-Pandemie auch in 2023 fortzusetzen und damit zu verstetigen. Des Weiteren werden für die Produktgruppen „Verkehrsüberwachung“ und „Parkraumbewirtschaftung“ nach aktueller Hochrechnung bzw. unter Berücksichtigung des Vorjahresergebnisses Minderaufwendungen i. H. v. jeweils rd. 0,1 Mio. Euro erwartet.

Den positiven Entwicklungen stehen voraussichtliche Personalmehraufwendungen in der Produktgruppe „Allgemeine Sicherheit und Ordnung“ entgegen, die sich auf rd. 1,3 Mio. Euro belaufen. Diese Abweichung ist auf die laufenden Tarifverhandlungen, die Übernahme von Auszubildenden des Kommunalen Ordnungsdienstes und Rückkehrer aus Elternzeit zurückzuführen.

Einwohneramt (FB 33):

Die negative Abweichung i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro ergibt sich aus der Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen, die aufgrund von Personalzuwächsen insbesondere bei der KFZ-Zulassungsstelle zustande kommen.

Feuerwehr (FB 37):

Der Fachbereich prognostiziert eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 10,5 Mio. Euro, wovon rd. 3,5 Mio. Euro auf höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen entfallen. Diese resultiert im Wesentlichen aus dem Aufbau von zusätzlichen Stellen und Beförderungen im Rahmen der Umorganisation der Feuerwehr.

Darüber hinaus wird eine Verschlechterung i. H. v. insgesamt rd. 6,3 Mio. Euro in der Produktgruppe „Rettungsdienst“ erwartet und setzt sich aus Mindererträgen i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro und saldierten Mehraufwendungen i. H. v. rd. 5,6 Mio. Euro zusammen.

Im Wesentlichen wirken sich die Fallzahlsteigerungen sowie inflationsbedingte Kostensteigerungen für Transporte negativ auf das Ergebnis aus. Die Transportleistungen werden zunehmend an externe Dienstleister wie Hilfsorganisationen und Krankenhäuser vergeben und führen nach aktueller Prognose zu einer Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 7,1 Mio. Euro. Aufwandsmindernd wirkt sich hingegen mit rd. 1,5 Mio. Euro die zeitliche Verschiebung der Beschaffung von Dienstkleidung aus.

Zudem ergeben sich Mindererträge i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro bei den Rettungsdienstgebühren aufgrund einer Verschiebung der Transportleistungen hin zu den Krankentransporten, deren Gebühr nur ein Bruchteil der Transportgebühren der Notfallrettung bzw. medizinischer Transport ausmacht.

Der Bereich „Rettungsdienst“ ist grundsätzlich durch Gebühren refinanziert. Eine Berücksichtigung der Mehraufwendungen kann jedoch erst mit Erlass einer neuen Gebührensatzung erfolgen, sodass erst in

den Folgejahren mit steigenden Gebührenerträgen zu rechnen ist. Die Refinanzierung erfolgt folglich mit Zeitversatz und führt zu einer Ergebnisbelastung des laufenden Haushaltsjahres.

Zentrale Ausländerbehörde, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten (FB 38):

Die Verschlechterung i. H. v. rd. 3,3 Mio. Euro ist vollständig auf die negative Abweichung vom Planansatz in der Produktgruppe „Ausländerangelegenheiten“ zurückzuführen. Die Produktgruppe „Zentrale Ausländerbehörde“ weist in der Prognose keine Abweichung aus, da dieser Bereich vollständig landesfinanziert ist.

Ausländerangelegenheiten

Im Bereich „Staats- und Einbürgerungsangelegenheiten“ sowie „Ausländerangelegenheiten- alle Länder“ ergeben sich Personalmehraufwendungen durch überplanmäßige Einsätze i. H. v. insgesamt rd. 4,2 Mio. Euro. Gegenläufig werden Personalaufwendungen im Bereich „Kontrolle und Abschiebungen Außen-dienst“ sowie im Bereich „Welcome- und Service-Center (WSC)“ i. H. v. saldiert rd. 0,9 Mio. Euro eingespart, da Stellen teilweise unbesetzt sind. Auch im Bereich „Ersterfassung von Flüchtlingen (landesfinanziert)“ zeichnet sich zum heutigen Zeitpunkt ein Minderaufwand i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro bei den Personalkosten aufgrund von nicht besetzten Stellen ab.

Flüchtlingsaufwand Ukraine

Bis zum Jahresende wird für den Bereich der Ukraine-Flüchtlinge eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro prognostiziert (0,16 Mio. Euro für Dolmetscherleistungen; 0,04 Mio. Euro für Sicherheitspersonal; 0,02 Mio. Euro für Kosten Bundesdruckerei). Es werden jedoch voraussichtlich Bundes- bzw. Landesmitteln zentral vereinnahmt, sodass die Aufwendungen der jeweiligen Fachbereiche ggfs. hierdurch kompensiert werden können.

3.5 Geschäftsbereich 4 [Jugend, Bildung und Kultur]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18 1.158.947	18 1.158.947	215.788.474	34.629.527	19,12
3	+ Sonstige Transfererträge	12.744.251	12.744.251	13.340.508	596.257	4,68
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27 4 12.333	27 4 12.333	29.974.119	2.561.786	9,35
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.838.125	4.838.125	3.568.262	-1.269.863	-26,25
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	33.359.533	33.359.533	34.883.424	1.523.890	4,57
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.363.855	5.363.855	8.165.104	2.801.249	52,22
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	264.877.043	264.877.043	305.719.891	40.842.847	15,42
11	- Personalaufwendungen	145.132.473	145.132.473	155.419.006	10.286.532	7,09
12	- Versorgungsaufwendungen	9.495.400	9.495.400	9.134.786	-360.613	-3,80
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4 1.939.443	4 1.939.443	73.778.692	31.839.249	75,92
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.103.011	2.103.011	2.327.307	224.296	10,67
15	- Transferaufwendungen	512.158.214	512.158.214	535.883.127	23.724.913	4,63
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.486.751	40.487.584	44.785.096	4.297.512	10,61
17	= Ordentliche Aufwendungen	751.315.292	751.316.125	821.328.013	70.011.888	9,32
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-486.438.249	-486.439.082	-515.608.122	-29.169.041	6,00
19	+ Finanzerträge	10.000	10.000	10.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	33.592	33.592	33.663	71	0,21
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-23.592	-23.592	-23.663	-71	0,30
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-486.461.840	-486.462.674	-515.631.786	-29.169.112	6,00
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-486.461.840	-486.462.674	-515.631.786	-29.169.112	6,00
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	40.655.398	40.655.398	40.655.398	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	130.131.928	130.131.928	130.131.928	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-575.938.371	-575.939.204	-605.108.316	-29.169.112	5,06

Der Geschäftsbereich 4 prognostiziert eine negative Abweichung vom fortgeschriebenen Ansatz i. H. v. rd. 29,2 Mio. Euro, die im Wesentlichen aus Verschlechterungen bei den ordentlichen Aufwendungen (rd. 70,0 Mio. Euro) resultiert.

Mehraufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 31,8 Mio. Euro entstehen insbesondere in Zusammenhang mit dem „Digitalpakt Schule“. Die Mehraufwendungen sind größtenteils refinanziert und korrespondieren mit Mehrerträgen bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen.

Höhere Transferaufwendungen (rd. 23,7 Mio. Euro) entstehen insbesondere beim Jugendamt im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder und sind u. a. auf höhere Betriebskosten zurückzuführen. Neben höheren Personalaufwendungen (rd. 10,3 Mio. Euro) werden zudem Mehraufwendungen für sonstige ordentliche Aufwendungen (rd. 4,3 Mio. Euro) erwartet.

Ergebnisverbessernd wirken sich Mehrerträge bei den Ordentlichen Erträgen i. H. v. rd. 40,8 Mio. Euro aus, die insbesondere auf höhere Landeszuweisungen zurückzuführen sind (rd. 34,6 Mio. Euro). Darüber hinaus führen u. a. höhere Elternbeiträge im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (rd. 2,6 Mio. Euro) sowie höhere Rückzahlungen bei den sonstigen ordentlichen Erträgen (rd. 2,8 Mio. Euro) zu Verbesserungen.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

	Fachbereich	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0095	Geschäftsbereichsbüro GB4	-58.721.497	-58.854.250	-132.754
FB40	Fachbereich Schule	-74.626.344	-83.677.896	-9.051.552
FB41	Kulturamt	-5.972.368	-6.297.285	-324.917
FB41-3	Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv	-1.518.982	-1.755.087	-236.105
FB41-4	Alte Synagoge/Haus jüdischer Kultur	-376.075	-371.342	+4.733
FB42	Stadtbibliothek	-7.963.126	-8.039.257	-76.131
FB43	Volkshochschule	-2.210.664	-2.445.444	-234.780
FB44	Folkwang Musikschule	-4.659.240	-4.437.368	+221.872
FB45	Museen der Stadt Essen	-4.261.740	-4.956.667	-694.927
FB51	Jugendamt	-326.152.638	-344.797.189	-18.644.551
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-486.462.674	-515.631.786	-29.169.112

Die für das Geschäftsbereichsbüro 4 sowie die kulturellen Fachbereiche und Institute (41, 41-3, 41-4, 42, 43, 44 und 45) prognostizierten Verbesserungen bzw. Verschlechterung von saldiert rd. -1,5 Mio. Euro sind im Wesentlichen auf die Veränderung bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen.

Fachbereich Schule (FB 40):

Der Fachbereich Schule prognostiziert eine Verschlechterung i. H. v. rd. 9,1 Mio. Euro. Diese ist im Wesentlichen auf die saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 7,8 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem „Digitalpakt Schule“ zurückzuführen. Hier stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 22,0 Mio. Euro Mehraufwendungen i. H. v. rd. 29,8 Mio. Euro gegenüber.

Weiterhin ergeben sich Verschlechterungen i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro bei den Transferaufwendungen, da der Zuschuss an die JHE aufgrund der Gruppenerweiterung der OGS um rd. 2,3 Mio. Euro höher ausfällt. Weitere Verschlechterungen fallen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro an. Diese sind vor allem auf die Verwendung von ungeplanten Zuwendungen für die Verlängerung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ (rd. 1,6 Mio. Euro), auf die Erhöhung des Tagespauschalpreises für Schülerbeförderung (rd. 0,4 Mio. Euro) sowie auf die Rückzahlung der nicht genutzten Mittel des OGS-Helferprogramms (rd. 0,3 Mio. Euro) zurückzuführen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen führt neben dem „Digitalpakt Schule“ auch die Gruppenerweiterung der OGS zu Mehraufwendungen für die Küchenkräfte i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro. Der Rücktritt des Schulmilchlieferanten verringert die Aufwendungen wiederum um rd. 0,3 Mio. Euro.

Verbesserungen ergeben sich insbesondere bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro. Diese entstehen vor allem durch die ungeplante Zuwendung für das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ i. H. v. rd. 1,6 Mio. Euro, die Erhöhung der Landeszuweisungen für die OGS-Gruppenerweiterung i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro und für die Schülerfahrtkosten i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro. Mindererträge bei der geringeren Auflösung von Sonderposten i. H. v. rd. 0,8 Mio. Euro wirken sich verschlechternd aus. Weitere Verbesserungen entstehen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aufgrund der höheren Elternbeiträge, die durch die OGS-Gruppenerweiterung vereinnahmt werden. Im Bereich der sonstigen Erträge ist eine Verbesserung i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro auf die Rückzahlung der JHE von nicht verwendeten Mitteln des OGS-Helferprogramms 2022 zurückzuführen.

Jugendamt (FB 51):

Das Jugendamt prognostiziert zum Stichtag 31. März 2023 eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 18,6 Mio. Euro. Davon sind rd. 8,5 Mio. Euro auf höhere Personalaufwendungen zurückzuführen, die sich aus dem Tarifabschluss ergeben. Bei den verbleibenden 10,2 Mio. Euro handelt es sich im Wesentlichen um saldierte Veränderungen folgender Produktgruppen:

Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien:

Die Produktgruppe weist insgesamt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 4,4 Mio. Euro aus. Mehraufwendungen entstehen im Rahmen der Gewährung von ambulanten Hilfen (rd. 0,9 Mio. Euro) und stationären Hilfen (rd. 3,3 Mio. Euro). Ursächlich für diese Entwicklung sind fortlaufende Fallzahl- und Kostensteigerungen einhergehend mit höheren Erstattungs aufwendungen an Dritte (Gemeinden).

Tageseinrichtungen für Kinder:

Insgesamt wird für den Bereich Tageseinrichtungen für Kinder eine negative Abweichung i. H. v. rd. 5,6 Mio. Euro prognostiziert. Es werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 16,1 Mio. Euro erwartet, die insbesondere auf erhöhte Zuwendungen und Zuschüsse an freie Träger (rd. 14,1 Mio. Euro, davon rd. 2,7 Mio. Euro Corona-bedingt) zurückzuführen sind. Hintergrund der steigenden Zuschussleistungen sind im Wesentlichen die Anhebung der Fortschreibungsraten nach § 37 KiBiz, die zu höheren Betriebskosten der Kitas führt sowie die Weiterleitung von Landeszuschüssen. Zudem sind teilweise bereits erhaltene Zuschüsse (rd. 1,3 Mio. Euro) wieder zurückzuzahlen. Darüber hinaus entstehen beim städtischen Träger Mehraufwendungen durch höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (rd. 0,6 Mio. Euro). Ergebnisverbessernd wirken sich in dieser Produktgruppe Mehrerträge i. H. v. rd. 10,5 Mio. Euro aus, die sich im Wesentlichen aus höheren Landeszuweisungen für die anteilige Refinanzierung höherer Betriebskosten (rd. 4,1 Mio. Euro), der „Abfederung Energiepreiserhöhung“ (rd. 1,7 Mio. Euro) sowie der Förderung für das Projekt „Alltagshelfer“ (rd. 3,4 Mio. Euro) ergeben. Ferner werden höhere Elternbeiträge (rd. 0,8 Mio. Euro) sowie höhere Rückzahlungen (rd. 1,5 Mio. Euro) prognostiziert. Dem entgegen stehen Mindererträge bei den Elternbeiträgen für Mittagessen, da die ursprünglich geplante Preiserhöhung nicht umgesetzt wird (rd. 1,2 Mio. Euro).

Unterhaltsvorschuss:

In Bezug auf die Unterhaltsvorschussleistungen ergibt sich eine Gesamtverschlechterung i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro. Es werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro überwiegend aufgrund steigender Unterhaltsvorschussbeträgen und Fallzahlen geplant, die teilweise durch höhere Erstattungen des Landes kompensiert werden können.

Städtischer Heimverbund:

Beim städtischen Heimverbund liegt insgesamt eine Verbesserung i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro vor, die sich aus höheren Benutzungsgebühren aufgrund steigender Pflegesätze ergibt.

3.6 Geschäftsbereich 5 [Soziales, Arbeit und Gesundheit]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	22.399.309	22.399.309	45.220.892	22.821.583	101,89
3	+ Sonstige Transfererträge	24.564.178	24.564.178	22.630.201	-1.933.978	-7,87
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	914.412	914.412	1.874.412	960.000	104,99
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.500	7.500	7.500	0	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	867.372.337	867.372.337	869.734.899	2.362.562	0,27
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.985.222	3.985.222	3.939.338	-45.885	-1,15
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	919.242.957	919.242.957	943.407.240	24.164.283	2,63
11	- Personalaufwendungen	109.992.587	109.992.587	112.600.198	2.607.611	2,37
12	- Versorgungsaufwendungen	18.200.091	18.200.091	18.220.268	20.177	0,11
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.650.946	11.650.946	18.892.454	7.241.507	62,15
14	- Bilanzielle Abschreibungen	72.425	72.425	82.407	9.982	13,78
15	- Transferaufwendungen	1.082.766.054	1.082.766.054	1.114.203.258	31.437.204	2,90
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.125.559	9.125.559	9.172.434	46.875	0,51
17	= Ordentliche Aufwendungen	1.231.807.662	1.231.807.662	1.273.171.018	41.363.356	3,36
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-312.564.704	-312.564.704	-329.763.777	-17.199.073	5,50
19	+ Finanzerträge	2.000	2.000	2.000	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	2.000	2.000	2.000	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-312.562.704	-312.562.704	-329.761.777	-17.199.073	5,50
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-312.562.704	-312.562.704	-329.761.777	-17.199.073	5,50
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.473	2.473	2.473	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	9.989.380	9.989.380	9.989.380	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-322.549.611	-322.549.611	-339.748.684	-17.199.073	5,33

Zum Ende des ersten Quartals 2023 wird im Geschäftsbereich 5 eine Verschlechterung i. H. v. rd. 17,2 Mio. Euro prognostiziert. Aufwandsseitig werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 41,4 Mio. Euro kalkuliert. Demgegenüber stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 24, 2 Mio. Euro.

Die Mehrerträge setzen sich größtenteils aus Mehrerträgen bei Zuwendungen und allgemeinen Umlagen i. H. v. rd. 22,8 Mio. Euro zusammen. Davon entfallen rd. 10,9 Mio. Euro auf übertragene Zuwendungen aus dem Jahr 2022:

- rd. 7,8 Mio. Euro aus der Bundesbeteiligung an den Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine beim Amt für Soziales und Wohnen,
- rd. 3,1 Mio. Euro für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD).

Darüber hinaus wurden Landesmittel aus dem Sondervermögen Krisenbewältigung i. H. v. rd. 13,0 Mio. Euro zugewiesen und vom Amt für Soziales und Wohnen vereinnahmt.

Den Mehrerträgen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro stehen höhere Transferaufwendungen gegenüber.

Von den Mehraufwendungen i. H. v. 41,4 Mio. Euro entfallen rd. 7,2 Mio. Euro auf Sach- und Dienstleistungen für das Projekt „Digitales Gesundheitsamt 2025“ und für die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine.

Darüber hinaus zeichnen sich deutliche Steigerungen bei den Transferaufwendungen i. H. v. rd. 31,4 Mio. Euro ab. Insbesondere für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), den Aufwendungen in Verbindung mit den Mitteln des Stärkungspaktes NRW, der Hilfe zur Gesundheit und der Eingliederungshilfen nach SGB IX beim FB 50 sowie für Leistungen nach dem SGB II beim FB 56. Positiv wirkt sich weiterhin die zum 01. Januar 2022 eingeführte Pflegereform aus.

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0096	Geschäftsbereichsbüro GB5	-5.786.843	-5.863.867	-77.024
FB50	Amt für Soziales und Wohnen	-170.107.825	-179.812.313	-9.704.488
FB53	Gesundheitsamt	-13.854.209	-15.634.270	-1.780.060
FB56	JobCenter Essen	-122.813.827	-128.451.328	-5.637.501
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-312.562.704	-329.761.777	-17.199.073

Geschäftsbereichsbüro (FB0096):

Für das GB-Büro wird zum Ende des ersten Quartals eine geringfügige Abweichung prognostiziert. Es ergeben sich Mindererträge i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro. Diese resultieren aus einer analogen Anpassung der Bundeserstattung zu den prognostizierten Minderaufwendungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro bei der Beschäftigung nach dem Teilhabechancengesetz § 16i SGB II.

Diesen Mindererträgen stehen Personalminderaufwendungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro gegenüber. Diese ergeben sich aus einer Verbesserung bei der Beschäftigung nach dem Teilhabechancengesetz § 16i SGB II i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro und einer Verschlechterung i. H. v. rd. 0,2 Mio. Euro beim übrigen Personal.

Amt für Soziales und Wohnen (FB 50):

Insgesamt wird im FB 50 eine Verschlechterung i. H. v. rd. 9,7 Mio. Euro prognostiziert, von denen rd. 1,3 Mio. Euro auf Personal- und Versorgungsaufwendungen entfallen.

Die weiteren Abweichungen i. H. v. rd. 8,4 Mio. Euro sind insbesondere auf Sachverhalte in nachfolgenden Produktgruppen (PG) zurückzuführen:

Leistungen für Asylbewerber

In der Produktgruppe „Leistungen für Asylbewerber“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro prognostiziert.

Im Bereich der Hilfen nach § 2 AsylbLG liegen die Empfängerzahlen unter dem Planwert. Darüber hinaus liegen die Durchschnittskosten ebenfalls unter dem Planwert. Hieraus ergibt sich eine Verbesserung i. H. v. rd. 4,5 Mio. Euro.

Dem gegenüber stehen Verschlechterungen i. H. v. insgesamt rd. 6,1 Mio. Euro. Diese ergeben sich aus Verschlechterungen im Bereich der Hilfen nach dem § 3 AsylbLG i. H. v. rd. 4,2 Mio. Euro und im Bereich der originären Flüchtlingsaufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro.

Bei den Hilfen nach § 3 AsylbLG (Verschlechterung rd. 4,2 Mio. Euro) liegen die Durchschnittskosten unter dem Planwert aber deutlich über dem Ist aus 2022. Gleichzeitig ergeben sich durch erhöhte Zuweisungen auch höhere Empfängerzahlen. Die wesentlichen Verschlechterungen in diesem Bereich ergeben sich aus einer geringeren Anzahl an anrechenbaren Personen für die einmalige Pauschale für „Neu-Geduldete“ gemäß § 4 Abs. 6 FlüAG sowie den abrechnungsfähigen „Bestands“-Flüchtlings (Verschlechterung im Ertrag i. H. v. rd. 3,2 Mio. Euro), den sonstigen Sachleistungen (Verschlechterung im Aufwand i. H. v. rd. 0,6 Mio. Euro) durch die Ausweitung der Kapazitäten in den Unterkünften sowie durch Anpassungen von Vergütungspauschalen und den laufenden Leistungen (Verschlechterung im Aufwand i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro) aufgrund von erhöhten Zuweisungen und erhöhten Empfängerzahlen. In Verbindung mit Geflüchteten aus der Ukraine (Verschlechterung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro) wird mit

Erstattungen nach dem FlüAG i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro gerechnet. Aus der Beteiligung des Landes aus dem Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ werden zusätzlich rd. 5,2 Mio. Euro berücksichtigt. Darüber hinaus wurden rd. 7,8 Mio. Euro aus den Bundesmitteln 2022 zur Beteiligung an den Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten ins Jahr 2023 übertragen. Für Geflüchtete aus der Ukraine werden Aufwendungen i. H. v. rd. 17,0 Mio. Euro kalkuliert. Rd. 15,4 Mio. Euro sind für Betreiber- und Betreuungsleistungen in den Unterkünften und rd. 1,6 Mio. Euro für laufende Leistungen nach dem AsylbLG gerechnet.

Leistungen nach dem Alten- und Pflegegesetz NRW (APG)

Die Produktgruppe weist insgesamt eine Verbesserung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro aus.

Die Empfängerzahlen im Jahr 2023 werden voraussichtlich um rd. 205 Empfänger unter dem Plan liegen. Auch die durchschnittlichen Kosten pro Hilfeempfänger fallen geringer aus, sodass sich hieraus Minderaufwendungen ergeben.

Schwerbehindertenrecht nach dem SGB IX

Die Verschlechterung in dieser Produktgruppe i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro ergibt sich aus einer Verzögerung im Vergabeverfahren wodurch das Scan-Projekt im Jahr 2022 nur anlaufen konnte und sich in diesem Jahr im Aufwand finanziell auswirken wird.

Sonstige soziale Leistungen

Für „Sonstige soziale Leistungen“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,9 Mio. Euro kalkuliert.

Nach der Corona-Pandemie sind die Empfängerzahlen im Jahr 2022 und damit auch die Aufwendungen für Bildung und Teilhabe (BuT) um 54% (rd. 0,8 Mio. Euro) deutlich angestiegen. Die übrige Verschlechterung i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro ergibt sich aus Mehraufwendungen bei den sonstigen sozialen Leistungen.

Hilfe zur Gesundheit

Diese Produktgruppe weist eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,9 Mio. Euro aus.

Auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen wurden ab dem 01. Juni 2022 Personen mit ukrainischem Fluchthintergrund in das Regelsystem des SGB XII überführt. Hiermit einher geht auch der Wechsel der Krankenversorgung von der Akutversorgung über das AsylbLG in einen regulären Krankenversorgungsanspruch gemäß § 264 SGB V. Die Prognose geht von 550 Personen im Leistungsbezug des SGB XII und Jahresdurchschnittskosten i. H. v. 3.500 Euro pro Person aus.

Hilfe zur Pflege

Bei der „Hilfe zur Pflege“ wird eine Verbesserung i. H. v. rd. 3,8 Mio. Euro prognostiziert.

Im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege werden die Aufwendungen im laufenden Jahr voraussichtlich bei rd. 11,95 Mio. Euro liegen (Verschlechterung i. H. v. rd. 2,1 Mio. Euro). Diese Steigerung ist auf einen deutlichen Anstieg der Durchschnittskosten zurückzuführen. Ursache für diesen Anstieg sind der Umstellungsprozess bei den Pflegewohngruppen im Jahr 2022, allgemeine Kostensteigerungen sowie die Festlegung des Mindestlohns ab dem 01. September 2022 im Rahmen der Pflegereform.

Bei der stationären Pflege sind die Empfängerzahlen im Jahr 2022 zurückgegangen. Gleichzeitig lagen die Durchschnittskosten des Jahres 2022 deutlich unter denen im Jahr 2021 (Verbesserung i. H. v. rd. 5,8 Mio. Euro). Hierbei handelt es sich um Auswirkungen der Pflegereform. Seit dem 01. Januar 2022 werden von den Pflegekassen Leistungszuschläge gezahlt, die sich auf die Zahlungen der Hilfe zur Pflege auswirken. Für die Zukunft ist wieder mit Anstiegen der Pflegekosten und der Hilfeempfängerzahlen zu rechnen.

Soziale Einrichtungen für Aussiedler/Ausländer

In dieser Produktgruppe wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 2,3 Mio. Euro ausgewiesen.

Für Sicherheitsdienstleistungen in Unterkünften für Geflüchtete aus der Ukraine wird mit Aufwendungen i. H. v. rd. 3,3 Mio. Euro kalkuliert. Dem gegenüber stehen Erträge i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro aus Benutzungsgebühren für die gleiche Personengruppe.

Eingliederungshilfe nach SGB IX

Für die Produktgruppe „Eingliederungshilfe nach SGB IX“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 6,8 Mio. Euro prognostiziert.

Bis zum 30. Juni 2022 konnten Sozialdienstleister Leistungen nach dem Sozialdienstleister Einsatzgesetz (SodEG) abrechnen. Hiernach konnten 75 % der regulär erbrachten Leistungen in Rechnung gestellt werden, wenn Pandemie-bedingt die Hilfen nicht erbracht werden konnten. Inzwischen werden die Eingliederungshilfen wieder normal in Anspruch genommen, bzw. nehmen insbesondere bei der Teilhabe zur Bildung deutlich zu. Für die Prognose 2023 wurden daher die in 2022 gezahlten SodEG-Leistungen von 75 % auf 100 % hoch- und den Aufwendungen für tatsächlich erbrachte Leistungen hinzugerechnet. Darüber hinaus wird mit einer allgemeinen Preissteigerung i. H. v. 10 % kalkuliert. In den Vorjahren betrug diese 23 % bzw. 26 %.

Gesundheitsamt (FB 53):**Maßnahmen der Gesundheitspflege**

Für das Gesundheitsamt wird zum jetzigen Zeitpunkt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,8 Mio. Euro prognostiziert, die nahezu ausschließlich auf Anpassungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen zurückzuführen ist.

JobCenter Essen (FB 56):

Für das JobCenter wird insgesamt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 5,6 Mio. Euro prognostiziert, die i. H. v. rd. 0,1 Mio. Euro die Anpassungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen betreffen. Die weitere Verschlechterung i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro ergibt sich in folgenden Bereichen:

Leistungen nach dem SGB II kommunalfinanziert

Für die „Leistungen nach dem SGB II kommunalfinanziert“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 1,5 Mio. Euro ausgewiesen.

Im Bereich der Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU) wird aufgrund höherer Miet-, Energie- und sonstiger Kosten mit einem Mehraufwand i. H. v. rd. 4,9 Mio. Euro kalkuliert. Darüber hinaus wird mit Mehraufwendungen für Bildung und Teilhabe (BuT) i. H. v. rd. 1,0 Mio. Euro gerechnet. Der Trend steigender Aufwendungen für Ausflüge und Klassenfahrten setzt sich im Jahr 2023 fort. Auf Geflüchtete aus der Ukraine entfallen rd. 0,2 Mio. Euro der Leistungen für BuT.

Den Mehraufwendungen stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 4,3 Mio. Euro gegenüber. Hierbei wird u. a. von einer höheren Erstattungsquote als ursprünglich geplant ausgegangen. Ausschlaggebend sind hierbei die gestiegenen BuT-Aufwendungen im Jahr 2022, die im Jahr 2023 durch Anpassung der Erstattungsquote zu Mehrerträgen führen.

Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert

Für die „Leistungen nach dem SGB II bundesfinanziert“ wird eine Verschlechterung i. H. v. rd. 4,0 Mio. Euro ausgewiesen.

Mindererträge i. H. v. insgesamt rd. 4,0 Mio. Euro ergeben sich bei den Verwaltungskostenerstattungen des Bundes aufgrund deutlicher personeller Unterbesetzungen in den abrechnungsfähigen Bereichen. Von den Personalkostenerstattungen i. H. v. rd. 65,1 Mio. Euro stehen rd. 3,7 Mio. Euro in Verbindung mit Geflüchteten aus der Ukraine.

3.7 Geschäftsbereich 6 [Umwelt, Verkehr und Sport]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	26.743.541	26.743.541	24.496.608	-2.246.933	-8,40
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.973.274	17.973.274	17.670.834	-302.440	-1,68
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.125.793	5.125.793	5.210.255	84.462	1,65
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.508.766	1.508.766	1.508.766	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.113.563	3.113.563	5.084.707	1.971.144	63,31
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	3.425.000	3.425.000	3.425.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	57.889.938	57.889.938	57.396.170	-493.768	-0,85
11	- Personalaufwendungen	72.102.086	72.102.086	73.795.648	1.693.562	2,35
12	- Versorgungsaufwendungen	8.575.320	8.575.320	8.384.745	-190.576	-2,22
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.358.711	51.441.169	51.366.979	-74.190	-0,14
14	- Bilanzielle Abschreibungen	43.244.631	43.244.631	46.418.645	3.174.015	7,34
15	- Transferaufwendungen	34.951.497	34.951.497	35.357.377	405.880	1,16
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.120.875	19.120.875	19.474.984	354.109	1,85
17	= Ordentliche Aufwendungen	229.353.120	229.435.578	234.798.379	5.362.800	2,34
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-171.463.182	-171.545.640	-177.402.209	-5.856.568	3,41
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.500	1.500	1.500	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	-1.500	-1.500	-1.500	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-171.464.682	-171.547.140	-177.403.709	-5.856.568	3,41
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-171.464.682	-171.547.140	-177.403.709	-5.856.568	3,41
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.943.661	1.943.661	1.943.661	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	39.533.789	39.533.789	39.533.789	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-209.054.810	-209.137.268	-214.993.837	-5.856.568	2,80

Die prognostizierte Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 5,9 Mio. Euro resultiert in erster Linie aus einer Erhöhung des bilanziellen Abschreibungen in einem Umfang von rd. 3,2 Mio. Euro im Teilplan Sport- und Bäderbetriebe Essen (SBE) und Grün und Gruga (FB 67) sowie einer Steigerung des Personalaufwands um rd. 1,7 Mio. Euro.

Auf der Ertragsseite wird insgesamt eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,5 Mio. Euro prognostiziert. Diese resultiert überwiegend aus Mindererträgen im Bereich der Zuwendungen i. H. v. rd. 2,2 Mio. Euro sowie der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beim Amt für Straßen und Verkehr (FB 66) i. H. v. rd. 0,3 Mio. Euro.

Dem gegenüber steht eine Verbesserung der sonstigen ordentlichen Erträge i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro (FB 67).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0097	Geschäftsbereichsbüro GB6	-34.756.207	-37.974.610	-3.218.403
FB06-01	Steuerungsstelle ÖPNV	-1.828.691	-1.701.425	+127.266
FB06-02	Grüne Hauptstadt Agentur	-8.651.970	-9.026.977	-375.007
FB59	Umweltamt	-11.685.290	-11.608.891	+76.400
FB59-6	Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamt	-4.100.425	-4.427.489	-327.063
FB66	Amt für Straßen und Verkehr	-76.218.485	-78.653.936	-2.435.451
FB67	Grün und Gruga Essen	-34.306.071	-34.010.381	+295.690
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-171.547.140	-177.403.709	-5.856.568

Geschäftsbereichsbüro (GBB 6):

Aufgrund personeller Umstrukturierungen wird bei den Personalaufwendungen eine Verschlechterung i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro prognostiziert.

Im Teilplan SBE wird eine Erhöhung der Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen auf Finanzanlagen i. H. v. rd. 2,5 Mio. Euro prognostiziert. Diese resultiert aus folgenden Sachverhalten:

- rd. 1,0 Mio. Euro Mehraufwand aufgrund der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen,
- rd. 1,5 Mio. Euro Abschreibung einer nicht werthaltigen Kapitaleinlage.

Weiterhin erhöht sich der Zuschuss an die Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr mbH (FMR) für die Betriebsstätte Nienhausen um rd. 0,4 Mio. Euro zum anteiligen Ausgleich von Corona-bedingten Verlusten sowie von Energiepreissteigerungen.

Amt für Straßen und Verkehr (FB 66):

Insgesamt ergibt sich eine saldierte Verschlechterung i. H. v. rd. 2,4 Mio. Euro.

Diese besteht im Wesentlichen aus Mindererträgen i. H. v. rd. 2,8 Mio. Euro aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (geringere Auflösung von Sonderposten aus Fördermitteln).

Demgegenüber werden Minderaufwendungen i. H. v. rd. 0,4 Mio. Euro bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen prognostiziert.

3.8 Geschäftsbereich 7 [Stadtplanung und Bauen]

	Bezeichnung	Ansatz 2023	Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Abweichung Prognose vs. fortg. Ansatz	Abw. Progn. vs. fortg. Ansatz in %
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.374.329	16.374.329	19.913.294	3.538.965	21,61
3	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.748.644	7.748.644	7.758.644	10.000	0,13
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.513.850	15.513.850	15.473.850	-40.000	-0,26
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	855.581	855.581	855.581	0	0,00
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	8.061.762	8.061.762	12.134.041	4.072.280	50,51
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	2.080.000	2.080.000	2.080.000	0	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0,00
10	= Ordentliche Erträge	50.634.165	50.634.165	58.215.410	7.581.245	14,97
11	- Personalaufwendungen	43.859.295	43.859.295	47.778.984	3.919.689	8,94
12	- Versorgungsaufwendungen	8.623.764	8.623.764	8.704.511	80.747	0,94
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	84.455.776	84.455.776	91.550.288	7.094.512	8,40
14	- Bilanzielle Abschreibungen	41.497.575	41.497.575	42.954.762	1.457.187	3,51
15	- Transferaufwendungen	9.919.262	9.919.262	9.919.262	0	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	44.397.279	44.397.279	48.102.907	3.705.627	8,35
17	= Ordentliche Aufwendungen	232.752.951	232.752.951	249.010.713	16.257.762	6,98
18	= Ordentliches Ergebnis (=10-17)	-182.118.786	-182.118.786	-190.795.303	-8.676.517	4,76
19	+ Finanzerträge	10.748.920	10.748.920	10.748.920	0	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	850	850	850	0	0,00
21	= Finanzergebnis (=19-20)	10.748.070	10.748.070	10.748.070	0	0,00
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (=18+21)	-171.370.716	-171.370.716	-180.047.233	-8.676.517	5,06
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0,00
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0,00
25	= Außerordentliches Ergebnis (=23-24)	0	0	0	0	0,00
26	= Ergebnis vor Internen Leistungsbez. (= 22 + 25)	-171.370.716	-171.370.716	-180.047.233	-8.676.517	5,06
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	126.366.568	126.366.568	126.366.568	0	0,00
28	- Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen	17.176.124	17.176.124	17.176.124	0	0,00
29	= Jahresergebnis [Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)]	-62.180.272	-62.180.272	-70.856.790	-8.676.517	13,95

Mit den aktuellen Preisentwicklungen in allen Sparten der Bau- und Energiewirtschaft, der Immobilienwirtschaft und im Bereich Personal sind für den Geschäftsbereich 7 erhebliche Risiken verbunden. Zum Jahresende wird eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 8,7 Mio. Euro prognostiziert.

Mehraufwendungen ergeben sich im Wesentlichen aus gestiegenen Energiekosten (rd. 5,8 Mio. Euro), der Unterbringung von Geflüchteten (rd. 5,5 Mio. Euro), tarifgebundenen Personalaufwendungen (rd. 3,9 Mio. Euro) sowie höheren bilanziellen Abschreibungen (rd. 1,5 Mio. Euro).

Bei der Auflösung von Sonderposten werden Mindererträge i. H. v. rd. 2,0 Mio. Euro prognostiziert. Demgegenüber stehen Mehrerträge aus Mitteln des Landes für die Bewältigung der Ukraine-Krise (rd. 5,5 Mio. Euro) und aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen (rd. 4,1 Mio. Euro).

Fachbereichsbezogen sieht die Ergebnisrechnungsprognose der lfd. Verwaltungstätigkeit wie folgt aus:

Fachbereich		Fortg. Ansatz 2023	Prognose 2023	Verschlechterung (-) Verbesserung (+)
FB0098	Geschäftsbereichsbüro GB7	5.010.719	5.186.006	+175.288
FB60	Immobilienwirtschaft Stadt Essen	-145.322.191	-155.130.243	-9.808.052
FB61	Amt für Stadtplanung und Bauordnung	-7.948.668	-7.744.562	+204.106
FB62	Amt f. Geoinformation, Vermessung u. Katastr.	-9.479.757	-8.821.144	+658.613
FB68	Amt f. Stadterneuerung u. Bodenmanagem.	-13.630.818	-13.537.290	+93.528
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		-171.370.716	-180.047.233	-8.676.517

Immobilienwirtschaft Stadt Essen (FB 60):

Insgesamt ergibt sich zum Jahresende eine Ergebnisverschlechterung i. H. v. rd. 9,8 Mio. Euro.

Eine Prognose des Jahresergebnisses im Bereich der Energieversorgung ist mit großen Unsicherheiten verbunden. Aktuelle Auskünfte der Marktanbieter lassen eine saldierte Verschlechterung i. H. v. insgesamt rd. 5,8 Mio. Euro erwarten, die sich zusammensetzt aus:

- Fernwärme Einsparung rd. 1,0 Mio. Euro;
- Wasser Einsparung rd. 0,4 Mio. Euro;
- Gas Mehrbedarf rd. 6,9 Mio. Euro;
- Strom Mehrbedarf rd. 0,3 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen für die Unterbringung von Geflüchteten werden Mehraufwendungen i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro prognostiziert, da sich eine Entspannung der Kriegssituation in der Ukraine nicht abzeichnet und der Zustrom an Menschen unverändert hoch ist. Den Mehraufwendungen stehen Mehrerträge i. H. v. rd. 5,5 Mio. Euro aus Mitteln des Landes für die Bewältigung der Ukraine-Krise entgegen.

Darüber hinaus werden folgende wesentliche Verschlechterungen prognostiziert:

- Personalmehraufwendungen (rd. 4,7 Mio. Euro);
- Mindererträge aus der Auflösung von Sonderposten (rd. 2,0 Mio. Euro);
- höhere bilanzielle Abschreibungen (rd. 1,3 Mio. Euro).

Demgegenüber stehen Mehrerträge aus der Auflösung von Instandhaltungsrückstellungen i. H. v. rd. 4,1 Mio. Euro.

Amt für Geoinformation, Vermessung und Kataster (FB 62):

Die Verbesserung ergibt sich aus einem Minderaufwand bei den Personalaufwendungen i. H. v. rd. 0,7 Mio. Euro.